

# Renno-Zeitung

Rheider Volkszeitung  
Generalanzeiger für Bocholt  
Anholter und IJelburger Zeitung.

65. Jahrgang

Verlagsort: Bocholt.  
Postverandort: Dortmund.

## Volksblatt

für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 283

Montag, den 12. Oktober 1936

Jahrgang 1936

## Fiasco der roten Propaganda im Elsaß

Das elsässische Volk will nichts von den kommunistischen Volksverhetzern wissen.  
Die Roten verzichten auf eine Gewaltprobe mit der Regierung.

### Rückzug in letzter Stunde.

Und die Gegenleistungen Blums?

(1) Paris, 11. Oktober.

Der Ministerpräsident hat am Samstag eine Abordnung der kommunistischen Partei empfangen. Léon Blum hat einen dringenden Appell an sie gerichtet, einen offenen Konflikt zu vermeiden und sich den Anweisungen der Präfecten zu fügen. Er soll ihr hierfür gewisse Gegenleistungen in Aussicht gestellt haben.

Die Tatsache, daß die kommunistische Partei sich am Samstag schließlich doch dem Verbot der Regierung gebeugt und auf die von der Partei gewünschte, aber von der Regierung nicht gestatteten 42 Kundgebungen in Elsaß-Lothringen verzichtet hat, wird von der gesamten Pariser Presse am Sonntag mit schillernder Genugtuung aufgenommen. Nur die kommunistische „Humanité“ ist aus naheliegenden Gründen der Ansicht, daß sich die Regierung „nicht auf einem guten Wege“ befindet, und daß es ein großer Fehler gewesen sei, den Oppositionsparteien nachzugeben.

Der „Matin“ erklärt, der Rückzug der Kommunisten in allerletzter Minute bedeute für die rote Partei eine erhebliche Schlappe. Moskau fühle, daß es von Tag zu Tag mehr an Boden unter seinen Füßen verliere. Die spanische Karte sei verpielt und das friedliche Außenpolitik zurückgewiesen. Moskau habe zu offensichtlich die Arbeit der französischen Regierung sabotiert, als daß dies nicht die Augen derjenigen geöffnet hätte, die bisher einen Feind auf der Linken nicht hätten sehen wollen. — Das „Echo de Paris“ glaubt, die nachgiebige Haltung der Kommunisten auf die Ablehnung durch die öffentliche Meinung zurückzuführen zu können und die Angst Moskaus, mit der Mehrheit der Volksfront endgültig zu brechen. Denn hätten die Kommunisten ihre 42 Versammlungen im Elsaß mit Gewalt erzwingen, dann hätte ein derartiger Schritt den Schlußpunkt gezogen unter den Volksfrontversuchen. — Der „Sour“ meint, wenn es dem Ministerpräsidenten möglich gewesen sei, eine Generalmobilisierung der Kommunisten im Elsaß zu verhindern und 42 der angelegten Kundgebungen zu verbieten, dann hätte er auch gleich alle verbieten können. — „Figaro“ und „Excelsior“ äußern unvorhersehbar ihre Freude über den Mißerfolg der kommunistischen Partei. Die Tatsache, daß es der Regierung gelungen sei, dem kommunistischen Druck standzuhalten, sei umso mehr zu begrüßen, da sich diese Situation an den Grenzdepartements abspielen sollte, die äußerst empfindlich seien.

Die Versammlungen der Kommunisten am Samstag in Elsaß-Lothringen scheinen im übrigen eine große Enttäuschung für die „Begründer und Vortäppler“ der französischen Volksfront gewesen zu sein. Während sich die Blätter der Volksfront im wesentlichen darauf beschränken, die Tatsache der in Moskau, Bischweiler und Waldmarch abgehaltenen Versammlungen zu erwähnen, geben die Rechtsblätter ausführliche Berichte über den kläglichen Zusammenbruch der kommunistischen Propaganda im Grenzgebiet. So schreibt der „Sour“ über die Samstag-Kundgebung in Metz, daß die wenigen hundert Volksfrontgenossen, die die dreifache Volksfront zum Kräfteaufmarsch hätten, wahrscheinlich nur einen einzigen Wunsch gehabt hätten: nämlich unbemerkt von den draußen wartenden Menge zu bleiben! Die Kundgebung in Metz sei eine wahrhaft patriotische Demonstration geworden und stelle für die Roten eine schwere Niederlage dar.

### Bauern sprengen eine rote Versammlung.

Die kommunistischen Kundgebungen am Samstag.  
Die Abwehr des elsässischen Volkes.

(1) Paris, 11. Oktober.

Die von den Kommunisten in Elsaß-Lothringen bisher abgehaltenen Versammlungen sind, von kleineren Zwischenfällen abgesehen, im wesentlichen ruhig verlaufen. Die französischen Staatskräfte meldeten in den späten Abendstunden des Sonnabends übereinstimmend, daß auch in den Orten, in denen durch Verfügung des Innenministers die Versammlungen verboten worden sind, trotz der Drohungen der Kommunisten, sich nicht an das Verbot zu halten, Ruhe geherrscht habe.

In Metz, wo auf der dortigen kommunistischen Versammlung im Kristall-Palast der Generalsekretär der kommunistischen Partei Frankreichs, Thorez, vor etwa 600 (1) Personen das kommunistische Parteiprogramm entwickelte, kam es in den Straßen um das Versammlungsort vereinzelt zu lauten Gegenkundgebungen nationalitätsmäßig eingestellter Kreise. Die Kommunisten haben schon in den frühen Nachmittagsstunden des Sonnabends ihre Versammlungsorte mit starken Saalwagen besetzt. Etwa eine Stunde vor Beginn der eigentlichen Kundgebung im Kristall-Palast bildeten sich rund um das Versammlungsort Volksversammlungen, die mit den Rufen „Es lebe Frankreich“, „Es lebe de la Rocque“ verlaufen, gegen das Gebäude vorzudringen. Die Polizei griff mehrmals ein und zerstreute die Kundgeber, die sich dann in den umliegenden Straßen zu Gruppen zusammenschlossen, die Mariellakasse sangen und im Sprechchor riefen „Frankreich den Franzosen“ und zu erhalten.

„Nieder mit Thorez“. Im Versammlungsraum selbst kam es zu keinen Zwischenfällen. Der Abmarsch der Kommunisten vollzog sich unter dem Schutze des starken Aufgebots von Polizei und mobiler Garde, denen es gelang, jede Berührung zwischen kommunistischen Anhängern und Gegenkundgebern zu vermeiden.

In Saar haben die Kommunisten versucht, trotz des Verbots ihre Versammlung abzuhalten; sie fanden aber den Eingang zum Versammlungsraum von der mobilen Garde gesperrt, die die kommunistischen Anhänger zurücktrieb; unter ihnen befanden sich die beiden kommunistischen Abgeordneten Renaud-Jean und Fouchard. Gegen 20 Uhr kamen 400 nationale Gegenkundgeber mit Kraftwagen aus der Umgebung von Saar an und formierten sich am alten Bahnhof. In Saar wurden etwa acht Personen verhaftet.

In Bischweiler versuchten etwa 100 Gegenkundgeber die Abperrungen der mobilen Garde zu durchbrechen, um die kommunistische Versammlung zu fördern. Sie wurden aber zurückgewiesen. Drei Gegenkundgeber wurden verhaftet. Wie die Saarsche Agentur dazu noch meldet, mußten Verstärkungen für den polizeilichen Ordnungsdienst verlangt werden. Bis gegen Mitternacht konnte hier die Ruhe noch nicht wieder ganz hergestellt werden.

In Schweighausen dauerte die Versammlung der Kommunisten genau sieben Minuten. Der kommunistische Abgeordnete von Straßburg, Campagne-Daul, teilte seinen Hörern mit, daß die Versammlung nicht stattfinden würde. In Zabern konnten die geplanten Kundgebungen nicht abgehalten werden.

## Sowjetrußlands Neutralitätsverletzungen erwiesen.

30 kontrollierte Fälle festgestellt.

▲ Rom, 11. Oktober.

Der Vorstoß des italienischen Botschafters Grandi in der Sitzung des Londoner Nichteinmischungsaußenministers bildet das Hauptthema der römischen Presse. Ein erdrückendes Beweismaterial, so schreibt „Messaggero“ in einer Schlagzeile, verleihe das sowjetische Mandat in London. Grandi bringt kontrollierte Fälle der sowjetischen Neutralitätsverletzungen vor. Uebereinstimmend wird dabei unterstrichen, daß die öffentliche Meinung Europas den sowjetischen Schritt als ein provokatorisches Mandat gegen eine Zurückhaltung der europäischen Beziehungen entfällt zurückzuweisen und verurteilt.

Nach Darstellung des Londoner Korrespondenten des „Messaggero“ hat der Protest des italienischen Botschafters gegen das verbrecherische Mandat Sowjetrußlands härtesten Eindruck gemacht. Selbst der Vorsitzende Lord Plymouth habe während und nach den Ausführungen Grandis zu erkennen gegeben, daß er sich über die wirklichen Absichten der Sowjetregierung im Klaren sei.

Dieser Eindruck sei um so klarer gewesen, als Grandi an 30 kontrollierten Fällen aus der Zeit nach dem 28. August offensichtliche Neutralitätsverletzungen durch Sowjetrußland habe nachweisen können. Damit sei die Neutralität der Moskauer Regierung, die andere

Die Kommunisten begaben sich darauf nach Wonsweiler, einer Nachbarkortstadt.

Sier hatten sie sich in einem Saal versammelt, aber die Bauern der Umgebung hatten Wind von dieser improvisierten Versammlung erhalten und haben das Gebäude umstellt und mit Steinen die Fensterhebeln eingeworfen.

Drei kommunistische Versammlungen sollten ursprünglich am Sonnabendabend im Departement Oberrhein stattfinden: in Hünningen, Wittenheim und Ensheim. In allen drei Ortschaften war ein bedeutender Ordnungsdienst eingerichtet. Die Kommunisten haben schließlich darauf verzichtet, diese angedachten Versammlungen abzuhalten. Es fanden mit Erlaubnis der Präfectur lediglich geschlossene Versammlungen statt.

In Straßburg ist der Saal der für Sonntagabend vorgesehenen kommunistischen Versammlung, in der Thorez sprechen soll, bereits am Sonnabendabend von einer kommunistischen Mannschaft bewacht. Der Eingang ist von einer starken Abteilung der Gendarmerie und mobiler Garde gesichert, um zu verhindern, daß eventuell gegnerische Gruppen durch einen Handstreich sich in den Besitz des Versammlungsraumes legen.

Zu Zwischenfällen kam es am Sonnabendabend in Paris am Etoile-Platz. Hier versuchten im Anschluß an die übliche Flammenentzündungsfeier am Grimald des unbekannten Soldaten etwa 2000 Kundgeber, einen Umzug zu bilden und die Camps Elisees entlang zu marschieren. Die Polizei konnte den Umzug zerstreuen. Etwa ein Dutzend Personen wurden verhaftet. (Siehe auch 2. Seite)

Änder der Verletzung der Nichteinmischungsverpflichtung bestanden wollte, diese Abmachungen in Wirklichkeit aber selbst in der Konsequenz und schamlossten Weise überschritten habe, voll und ganz zur Geltung gekommen.

Auch habe Grandi die Tatsache ins rechte Licht gerückt, daß Sowjetrußland, nachdem es lehe, wie die von ihm geführte rote Armee in Spanien zusammenbräche, sich ein künstliches Bild verhaschen wolle. Ferner habe sich der italienische Vertreter härtestens gegen die Veröffentlichung der russischen Note gewandt, bevor sie überhaupt dem Nichteinmischungsaußenminister Kenntnis gebracht werden konnte. Sowjetrußland habe damit einen neuen Beweis für seine Absicht erbracht, die europäischen Lage zu trüben. Das Moskauer Mandat sei die Folge der Enttäuschung darüber, daß das wirkliche Spanien sich weigere, das kommunistische Programm anzunehmen.

Der Korrespondent des „Messaggero“ glaubt schließlich zu wissen, daß die von Grandi dokumentarisch belegten Hauptfälle betreffen:

die Ankunft von 30 sowjetischen Flugzeugen Mitte September in Barcelona; von 40 weiteren sowjetischen Flugzeugen Ende September in Madrid; von gewaltigen Mengen Waffen und Munition auf den sowjetischen Dampfern „Mema“, „Ruban“ und „Wolga“, sowie die Ausrüstung einer sehr großen Zahl von Luftabwehrschiffen in Katalonien unter Leitung von sowjetischen Technikern.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Denkmal für jugoslawische Könige in Paris.



Am Jahrestag der Ermordung des Königs Alexander I. von Jugoslawien in Marseille im Jahre 1934 am 9. Oktober wurde in Paris ein Denkmal für die jugoslawischen Könige Peter I. und Alexander I. in Gegenwart des Präsidenten der Republik Lebrun feierlich eingeweiht. Im Anschluß an die Denkmalsweihe defilierten Abordnungen der französischen Armee vor den Ehrentüren. (Scherl-R.)

### Die wichtigsten Sportereignisse.

Die deutsche Nationalmannschaft errang in Heidelberg gegen die Auswahl-Fünfehn von Südostfrankreich im Rugby einen 8:3-Sieg. Heeres- und Zivilmannschaften warben für den Handballsport. In Weissenfels gewann das Heer mit 15:10 Toren.

Am ersten Tag des Jubiläums-Meetings in Dortmund gewann Glaukos vor Perilfischer den Jubiläumspreis.

Bei dem mittelschweren Jagdspringen auf dem Turnier in Münster blieben zwei Bewerber fehlerlos. Da sie auf das Stechen verzichteten, wurden beide auf dem zweiten Platz gesetzt und der Ehrenpreis nicht vergeben.

### Moskaus diplomatische Schlappe in London.

Von unserm Londoner Korrespondenten.

F. L. London, 10. Oktober.

Das Ultimatum an den „Ausflug“ für die Anwendung des Nichteinmischungsabkommens hat der Moskauer Diplomatie in London nur geschadet. Der Nichteinmischungsaußenminister hat in englischen Augen den einen Zweck, das unvermeidliche Parteigängertum Europas an die Kette eines gewollt korrekten Uebervachungsverfahrens zu legen, um so die blutigen Auseinandersetzungen in Spanien für Europa unschädlich zu machen. Diese Obliegenheit des Ausfluges wurde in dem Maße wichtiger, als in Spanien die militärische Krise heranreifte. Und wie sich auf dem Labour-Parteitag gezeigt hat, gibt es in England noch mehr verantwortliche Politiker, die für dieses unheroische Sicherheitsventil dankbar sind, als öffentliches Gestenspiel zeitweise anzunehmen gestattet.

Unter solchen Umständen ist es mehr als Formstrenge, wenn man in London Ausland den Vorwurf macht, die von dem Ausflug vereinbarten Regeln verletzt zu haben. Diese verlangen, daß alle Verhandlungen in der Vollziehung vorgebracht und die Öffentlichkeit darüber nur durch die amtlichen Verlautbarungen des Ausfluges selbst unterrichtet werde. Die öffentliche Antundigung des russischen Ultimatus war damit nicht zu vereinbaren, und die Formverletzung kommt, wie man in London auch ohne Umschweife ausdrückt, einem Anschlag auf den Geist der Nichteinmischung gleich.

Die englische Regierung ist nicht etwa der Ansicht, das Eis, auf dem sich der Ausflug bewegt, sei zu dünn, um mit Anlagen überhaupt belastet zu werden. Neville Chamberlain stimmte am Donnerstag mit den beiden Abgeordneten des Labour-Parteitages darin überein, daß es gefährlich wäre, wenn die vorliegenden Beschuldigungen nicht unverzüglich aufgeklärt würden. Aus der entschiedenen Sprache der amtlichen Mitteilung über die Zusammenkunft darf man gewiß auch den Wunsch des Schatzkanzlers herauslesen, den beiden Parteiführern ihre Sache in Evidenz zu leicht wie möglich zu machen. Nichtsdestoweniger ist es eine glaubwürdige, wenn auch nachträgliche Erklärung des Foreign Office, der englische Vorgesetzte des Nichteinmischungsaußenministers habe nötigenfalls selber einige von den Genfer Anlagen des spanischen Außenministers ohnehin am Sonnabend zur Sprache bringen wollen. Es hat wenig Nutzen, die Frage zu stellen, ob dieses „Belastungsmaterial“, das selbst die englische Vintzresse bei seinem Auftauchen schwach begründet fand, von der englischen Regierung ernst genommen wird. Nicht darin liegt der Gegenstand der Londoner und der Moskauer Haltung, daß die englische Regierung erhaben über die Versuchung wäre, die Linke zu beeindrucken. Sie ist das umso weniger, als sie, die eigentliche Urheberin der Nichteinmischungspolitik, die Verpflichtung anerkennt, außer ihrer eigenen Linke die des Herrn Blum in Raifon zu halten. Der Unterschied liegt vielmehr darin, daß England unter allen Umständen auf Innehaltung der Verfahrensregeln im Nichteinmischungsaußenminister besteht. Diese Mühle mahlt langsam und genau und war daher für die Moskauer Zwecke nicht ohne Ergänzung durch ein öffentliches Ultimatum brauchbar.

Man teilt hier nicht die Meinung, daß Rußland auf einen Zustand hinarbeite, in dem es sich eine ernsthafte militärische Unterstützung der Madrider Regierung schuldig wäre. Noch weniger ist man der Ansicht, daß solche Waffenhilfe instände wäre, den Bürgerkrieg noch zugunsten Madrids zu wenden. Moskau, davon bleibt die Rechte in England überzeugt und das argwöhnt selbst die Linke, läßt sich die Ausschachtung des spanischen Bürgerkriegs nicht mehr als unbedingt nötig kosten. Abgesehen von dem Prestigebedarf der Sowjets bei ihren Anhängern im Inn- und Ausland — einem Bedarf, der nach Lage der spanischen Dinge wachsen muß —, sucht man hier die Beweggründe Moskaus in

den jüngsten Enttäuschungen seiner Diplomatie in Europa. Das Ereignis scheint den Engländern ganz die Signatur des, wie manche behaupten, in seiner persönlichen Stellung bedrohten Pittwinow zu tragen. Seine Schwierigkeiten, die in der Richtung des fehlenden Militärabkommens zum französischen Ruffenpakt und des europäischen Westpacts liegen, sind bekannt. In diesen Fragen glaubt man hier, nachfolgende Möglichkeit zwischen der Politik Blums und der seines Vorgängers Poincaré zu erkennen. Und das Moskauer Ultimatum wird in solcher Beleuchtung einfach zu einem Versuch, Kette zwischen Deutschland und Frankreich, zwischen Italien und England zu treiben. Der Vorfall öffnet hier sicher vielen die Augen. Doch ist es zu früh, zu sagen, ob eine gewisse Neigung, den sowjetrussischen Einfluß überhaupt aus Europa zurückzudrängen, dadurch entscheidend verstärkt wird. Durch den sowjetrussischen Bombenwurf, der die Gefahren verdeutlicht hat, könnte nach englischer Schätzung Europa schließlich an Solidarität gewinnen. Daß diese Solidarität sich zur Isolierung der Sowjets wende, dürfte die englische Regierung insofern in Verfolg ihrer bisherigen Außenpolitik zu verhindern trachten.

Es versteht sich, daß man über den Moskauer Versuch, Herrn Blum die Fülle heiß zu machen, hier nicht die Absicht übersteht, den Labour-Partei tag zu paaren zu treiben. Wie immer, wenn Moskau auf die Psychologie der englischen Arbeiterklasse spekuliert, ist die Wirkung anders als erwartet. Nach der Rückkehr der Führer von ihrem Gespräch mit Neville Chamberlain ist in Edinburgh beschlossen worden, „falls die Unwirksamkeit oder die Verletzung des Nicht-einmischungsabkommens nachgewiesen werden, zu verlangen, daß die französische und die englische Regierung sofort Schritte tun, um das Recht der spanischen Regierung auf Waffenbesitz wiederherzustellen“. Man muß diese Forderung mit dem kategorischen Befehl vergleichen, den am Mittwoch die belgischen Sozialisten, zum Schrecken der Parteiführer in Edinburgh, gefordert haben, um einen bezeichnenden Unterschied wahrzunehmen: die Engländer lassen die Initiative dem Londoner Diplomatenausschuß. Es soll nicht behauptet werden, daß dieses Kompromiß der Labourführer leicht gefallen wäre oder daß es die scharfen Meinungsverschiedenheiten in der Partei und ihrem Vorstand aufhabe. Es ist indessen in Edinburgh „einstimmig durch Handaufheben angenommen“ und damit der Parteitag beschloßen worden. Den Führern ist es also gelungen, mit einer nicht übermäßig verärgerten, für den Augenblick ungefährlichen Formel die Aufrechterhaltung zu überwinden, die ihr erster „Sieg“ in der spanischen Frage am Montag zurückgelassen hatte. Labour ist natürlich nicht auf den Standpunkt der Regierung festgelegt. Die englische Regierung würde auch dann, „wenn die Unwirksamkeit oder die Verletzung des Nicht-einmischungsabkommens nachgewiesen“ wäre, nicht Waffenlieferungen nach Madrid verlangen, sondern auf einer Verbesserung des Abkommens und auf seiner Innehaltung bestehen.

## Sowjetrusslands Neutralitätsverletzungen erwiesen.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Der Londoner Korrespondent des „Popolo di Roma“ hat sein Urteil über die beiden künftigen Sitzungen des Nicht-einmischungsausschusses in der Feststellung zusammengefaßt, daß er zu erwarten ist, daß die Kritik an der Handhabung der Neutralität auf keinen Fall von Moskau ausgehen könne. Sowjetrussland gelte das Chaos dar, dem der Abbruch der Kulturwelt gelte. Dieses Chaos habe endlich in der Kulturwelt wieder den Selbsthaltungstrieb wachgerufen.

## Kritik am Verhalten Englands.

Weitere Erklärungen Grandis im Nicht-einmischungsausschuß.

DNB Rom, 11. Oktober.

Agencia Stefani veröffentlicht am Sonnabendabend den Wortlaut von zwei Erklärungen, die der italienische Botschafter Grandi vor dem Londoner Nicht-einmischungsausschuß abgegeben hat.

In der ersten Erklärung beanstandet Grandi, daß die englische Regierung bei der Weiterleitung der von der Madrider Regierung erstatteten sogenannten Anzeige wegen angeblicher Einmischung an den Nicht-einmischungsausschuß das vereinbarte Verfahren vollständig übergegangen sei. Sie selbst erkläre, daß es ihr nicht möglich gewesen sei, die Anzeige im Voraus im einzelnen zu prüfen. Die englische Regierung habe also keineswegs die absolute Überzeugung, daß den Angaben, die sie an den Ausschluß weiterleite, etwas Gegenständliches zugrunde liege. Das sei aber nicht der einzige Punkt eines Vorwurfs gegen das vereinbarte Verfahren. Grandi, möchte die englische Regierung und den Vorsitzenden des Ausschusses fragen, wo die von der Befehlshaberin vorgelegten Mitteilungen seien, mit denen die angeforderten Regierungen um die nötigen Klärstellungen zur Feststellung des tatsächlichen Sachverhaltes ersucht werden. Nach dem für den Ausschluß geltenden Arbeitsverfahren und im Hinblick auf die Ziele des Nicht-einmischungsabkommens sei es „unbedingt“, daß in eine Mitteilung eines Mitgliedsstaates des Ausschusses eine Note aufgenommen werde, in der der Botschafter der Außenminister der Madrider Regierung, D. Schurrabato, sich den Luxus gestatte, einige europäische Mächte wegen ihres inneren Regimes anzugreifen und sich dabei in einer Phrasologie zu ergehen, die in den diplomatischen Schriftstücken der Kulturnationen ohne Beispiel dastehe. Wenn er auch Verständnis dafür habe, daß ein Mitglied der Madrider Regierung sich in solchen demagogischen Auslassungen ergehe, so solle es ihm, Grandi, „doch recht schwer, sich zu erklären, wie diese demagogischen Auslassungen in einem Komitee zivilisierter Mächte durch Vermittlung eines seiner Mitglieder in Umlauf gesetzt werden können.“

Hierauf gab Grandi einen Überblick über die in der spanischen Anzeige gegen Italien vorgebrachten Behauptungen, um in jedem einzelnen Fall zu betonen, daß entweder Beweise oder genaue Angaben fehlen, oder aber die einzelnen Behauptungen aus der Zeit vor der Verkündung des italienischen Embargo (23. August) stammen. Im übrigen, so betonte der italienische Vertreter weiter, stehen diese Auslassungen im Dienst der beiden Parteien des spanischen Bürgerkrieges. Er wolle bei diesem Punkt nicht lange verweilen.

glaube aber die Namen einiger englischer Mitglieder zu wissen, die im Dienst der Madrider Regierung gestanden seien, oder jetzt noch im Gold der Kommunisten leben. Grandi führte dann die vollen Namen von sechs englischen Staatsbürgern an. Weiter ging er auf den Fall des englischen Staatsbürgers Edward Gilmann ein, dessen Photographie er über dies vorgelesen hatte. Dieser habe den Zeitungen erklärt, er befände sich vorübergehend auf Urlaub in London, habe aber die feste Absicht, zu seinem Dienst bei der Regierung in Mos-

kau zurückzukehren. Schließlich erwähnte er noch den englischen Staatsbürger und Flieger Charles Kestel, der sich in Zeitungsinterviews abgeben von dem versprochenen aber ausgebliebenen Besuchen des britischen Botschafter in Moskau nach Spanien gereist und habe sich später öffentlich gerühmt, im Dienste der Regierungstruppen bei Toledo ein Maschinengewehr bedient zu haben.

Die zweite Erklärung Grandis wendet sich gegen die sowjetrussische Behauptung über Portugal und den sowjetrussischen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die spanisch-portugiesische Grenze. Bei dem für den Ausschluß

# Aufbau eines neuen deutschen Polizeirechts.

Gründung des Ausschusses für Polizeirecht der Akademie für deutsches Recht.

## Die Polizei im nationalsozialistischen Staat und der Rechtsgedanke.

DNB Berlin, 11. Oktober.

In Gegenwart führender Persönlichkeiten von Partei und Staat fand am Sonntag mittags die Gründung des Ausschusses für Polizeirecht der Akademie für deutsches Recht statt.

Reichsminister Dr. Frick eröffnete in einer längeren Ansprache die Grundgedanken des Zusammenwirkens von Polizei und Rechtsinstanz. Die Verbindung des Chefs der deutschen Polizei mit dem Ausschuß für Polizeirecht sei die Gewähr dafür, daß die nationalsozialistische Weltanschauung auf dem Gebiete des Rechtswesens und des Polizeiwesens sich durchsetzen werde. Der Ausschuß solle auf dem unerschütterlichen Fundament der nationalsozialistischen Weltanschauung wirken, die nun zum ersten Mal grundsätzlich in den Aufbau eines deutschen Polizeirechts herangehe. Der Polizeirecht sei in jedem Fall die Erfüllung eines Rechtsbegriffs der Gemeinschaft, niemals der Ausdruck eines willkürlichen Herrschens. Das Polizeirecht werde zum Inhalt haben die Zusammenfassung aller rechtlichen Regelungen, die die persönliche Stellung und die Rechte der Bürger im nationalsozialistischen Staat betreffen. Das große Gebiet des Polizeirechts werde in eine Reihe von Rechtsformen unterteilt werden, die in eine Reihe von polizeilichen Tätigkeiten angeordnet werden. Die Aufgabe des Ausschusses werde es sein, die polizeilichen Tätigkeiten bis zur kleinsten Aktion. Der Ausschuß sei nicht nur berufen, Vorschläge für die Gestaltung des Polizeirechts auszubringen, er solle auch die Grenzfragen des polizeilichen Wirkens und des Willens der Rechtsinstanzen klären.

In der kommenden Strafverfahrensregelung sei davon auszugehen, daß es in eigenen Strafverfahren für die Polizei eine Reihe von ausgedehnten Umfangen als bisher gebe. Eine Fülle von kleinen Vergehen ver-

diene nicht, durch den Apparat des ordentlichen Prozesses, verfahrensgemäß zu werden. Der Ausschuß habe daher auch die Angelegenheit eines Ordnungstrafverfahrens an das Kriminalstrafverfahren zu erörtern.

Prof. Dr. Höhn berichtete über die Wandlungen des Polizeirechts. Das bisherige Polizeiverwaltungsrecht habe seinen Sinn verloren. Es komme nun darauf an, den Weg zu einer vollständigen Umgestaltung des gesamten Polizeirechts zu finden.

Der Ausschußmitglied wurde die Aufgabe gestellt, bis zum 1. Dezember eine Arbeit einzureichen über den Begriff „Die Polizei im nationalsozialistischen Staat und der Rechtsgedanke“.

Zum Schluß sprach Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei Himmler. In großen Zügen, so erklärte er, liege der Aufbau der deutschen Polizei fest. Sie sei ein Instrument zum Schutze des deutschen Volkes im Innern und werde sich auf den Begriff Soldat und Beamter aufbauen müssen. Darauf müsse ein solches Beamtenumfeld entwickelt werden. Die Polizeibeamten müßten in einem Geist erzogen werden, daß sie vom Volk als Freund und Helfer jedes einzelnen Bürgers angesehen würden. Aufgabe des Ausschusses werde es sein, in wenigen Grundbegriffen die Rechte zu verankern und klare Sätze zu formulieren, die jeder verstehe. Dann werde das neue Polizeirecht ein ganz großes Werk der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung sein.

Der Präsident der Akademie, Reichsminister Dr. Frick, hat zu Mitgliedern des Ausschusses berufen:

Vorsitzender: Ministerialrat SS-Standartenführer Beltz; stellv. Vorsitzender: SS-Sturmabführer Prof. Dr. Höhn;

Mitglieder: Staatssekretär Stuckart, Prof. Dahm, Prof. Ritterbusch, Prof. Riel, Polizeipräsident Dr. Frosch, Danzig, Regierungsrat Dr. Klopfer, Ministerialrat Eickhoff, SS-Sturmabführer Müller, Leiter vom Sicherheitshauptamt der SS, Oberregierungsrat Hebe und Regierungsrat Wehborn.

# Die Beisetzung des Ministerpräsidenten Gömbös.

Die Trauerfeier in Budapest.

)) Budapest, 10. Oktober.

Die Trauerfeier für den verstorbenen ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös fand Samstag vormittags im ungarischen Reichssaal statt. Der weite Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Rüstlich um 10 Uhr trat der Reichsverweser Admiral von Horthy, begleitet von seinem Generaladjutanten und zahlreichen hohen Offizieren ein. Hinter den Vertretern der Staats- oberhäupter nahmen die Mitglieder der Regierung ihre Plätze ein, neben ihnen die trauernde Familie, auf der anderen Seite die Erzherzöge, der Kardinal-primas von Ungarn, das gesamte diplomatische Korps, darunter der deutsche Botschafter von Madenjan, die zahlreichen ausländischen Militärabteilungen, darunter der Vertreter des Oberbefehlshabers der deutschen Wehrmacht, Chef des Generalstabes des Heeres, General der Artillerie Bed, der General der Flieger, Staatssekretär Wili und die übrigen deutschen Offiziere, daneben in großer Zahl die ungarische Generalität, die Rektoren der Universitäten und Hochschulen, die Beamten, die evangelische Geistlichkeit und die Mitglieder des Oberhauses und des Reichstages.

Unter den zahlreichen Kranzpenden bemerkte man auch einen Kranz des spanischen Generals Franco.

Die würdige Trauerfeier begann mit einem Choral. Eine kurze Andacht hielt jodann der Bischof von Budapest, Ruffay. Anschließend sprach der stellvertretende Ministerpräsident Daranyi, der in ergreifenden Worten die Persönlichkeit, die großen staatsmännlichen Fähigkeiten und Verdienste des verstorbenen Ministerpräsidenten für die ungarische Nation würdigte und dem lebenden Regierenden und seinen Freunden warme Worte des Abschieds widmete. Nach ihm nahm der Präsident des Oberhauses, Graf Szeghényi, das Wort, dann der Präsident des Reichstages Sztranyaszky und zum Schluß der Präsident der Partei der nationalen Einheit Joady.

Die Beisetzung erfolgte im Saal und verweilte einige Minuten in stiller Schweigen am Sarge des verstorbenen Ministerpräsidenten. Ein Choral ertönte. Das Orchester stimmte jodann den Trauermarsch aus der Götterdämmerung von Richard Wagner an.

Von Unteroffizieren der Wehrmacht wurde darauf der scheidende Sarg aus dem Saal getragen, die große feierliche Freitreppe des Reichstages hinunter, an der auf beiden Seiten Frontkämpferverbände Aufstellung genommen haben. Langsam bewegte sich dann der Sarg durch die mit schwarzen Fahnen würdig geschmückten Straßen der Hauptstadt durch das Spätier der Truppen und Frontkämpfer. Eine vielstündliche Menge erwartete schweigend und entblößten Hauptes den Trauermarsch.

Auf dem Budapest Friedhof erfolgte nach nochmaliger Einsegnung die feierliche Beisetzung unter den Klängen der Nationalhymne.

## Daranyi ungarischer Ministerpräsident.

)) Budapest, 10. Oktober.

Amlich wird mitgeteilt, der Reichsverweser Admiral von Horthy hat am Samstag den bisherigen stellvertretenden Ministerpräsidenten, Aderbauminister Daranyi zum Ministerpräsidenten ernannt.

Der neu ernannte Ministerpräsident wurde darauf in Budapest als Sohn des ehemaligen Staatssekretärs für Aderbau Bela Daranyi geboren. Er ist ein Neffe des langjährigen Ministers für Aderbau: Ignaz Daranyi.

Der neu ernannte Ministerpräsident begann seine Laufbahn in der Komitatsverwaltung. Den Weltkrieg erlebte er als Infanterieoberleutnant der Reserve an der russischen und rumänischen Front. Nach Friedensschluß war er zunächst als Obergeleit tätig. Dem Abgeordnetenhaus gehörte er seit 1927 an. 1928 wurde er an der Seite des Grafen Bethlen Staatssekretär im Ministerium für Aderbau und befehligte dessen Posten auch, als Graf Julius Karolyi Ministerpräsident wurde und die Ministerpräsidentenschaft später dann auf Julius von Gömbös überging. Bei der Neugestaltung des Kabinetts im Jahre 1935 wurde Daranyi Aderbauminister. Ihm ist die Schaf-

fung des neuen Forst- und Siedlungsgesetzes zu verdanken. Seit April dieses Jahres war er für den erkrankten Ministerpräsidenten von Gömbös als stellvertretender Ministerpräsident mit der Leitung des Kabinetts betraut.

## Göring bei Horthy und Daranyi.

)) Budapest, 10. Oktober.

Generaloberst Göring stattete Samstag nachmittag nach der Beisetzung des Ministerpräsidenten Gömbös dem neuernannten ungarischen Ministerpräsidenten Daranyi seinen Besuch ab. Der Generaloberst begab sich jodann zu dem Reichsverweser Admiral von Horthy, bei dem er in einer einstündigen Unterredung verweilte.

In der breiten Öffentlichkeit hat es einen tiefen Eindruck gemacht, daß Ministerpräsident Generaloberst Göring es sich nicht nehmen ließ, die feierliche Beisetzung des verstorbenen Ministerpräsidenten Ungarns, dieses treuen Freundes Deutschlands, im Trauerzuge die lange Strecke vom Reichstag bis auf den außerhalb von Budapest gelegenen Kerepesi-Friedhof zu begleiten und dem Ministerpräsidenten Gömbös noch am Grabe die letzte Ehre zu erwiesen. Nach dem Abbruch der Beisetzung sprach Generaloberst Göring der Witwe des Ministerpräsidenten Gömbös sein herzlichstes Beileid aus, verabschiedete sich von der Familie des verstorbenen Ministerpräsidenten und brückte den beiden Söhnen von Gömbös herzlich die Hand. In dem langen Trauerzuge marschierte die deutsche militärische Abordnung mit dem Vertreter des Oberbefehlshabers der deutschen Wehrmacht, dem Chef des Generalstabes General der Artillerie Bed, an der Spitze der zahlreichen deutschen Militärabteilungen. Viel bemerkt wurde, daß Deutschland zu der heutigen Trauerfeier eine besonders zahlreiche Militärabordnung entsandt hatte, der drei Generale, ein Admiral und zahlreiche höhere Offiziere angehörten.

Als ein Zeichen wahrhaft freundschaftlicher Verbundenheit und liebevoller Aufmerksamkeit ist es in der hiesigen Öffentlichkeit empfunden worden, daß Ministerpräsident Generaloberst Göring die beiden Oberführer, die den verstorbenen Ministerpräsidenten Gömbös in den deutschen Wäldern auf den Friedhof geführt hatten, als Ehrengeleit dem Sargzuge, der den toten Ministerpräsidenten in die Heimat brachte, zu kommandieren hatte. Im Auftrag des Reichsjägermeisters und der deutschen Jäger hatte der Oberjägermeister Scherping zwei große Ehrenaufträge an dem Grabe niedergelegt, die die Inschrift trugen: „Dem lieben Jagd- und der deutsche Reichsjägermeister.“

## Höchste ungarische Ordensauszeichnung für Ministerpräsident Göring.

DNB Budapest, 11. Oktober.

Seine Durchlaucht der Reichsverweser Admiral von Horthy hat dem Ministerpräsidenten Generaloberst Göring in der am Sonnabend stattgefundenen Unterredung das Großkreuz des ungarischen Verdienstordens, des höchsten Ordens Ungarns, verliehen.

Ministerpräsident Generaloberst Göring hat am Sonntag vormittags nach dem Abbruch der Trauerfeier für den verstorbenen Ministerpräsidenten Gömbös mit Begleitung Budapest im Flugzeug wieder verlassen. Auf dem Flugplatz hatten sich zur Verabschiedung versammelt der ungarische Innenminister General Somlathy, als Vertreter des Ministerpräsidenten der Staatssekretär im Ministerium für Aderbau und als Vertreter des Außenministeriums der Kabinettschef im Außenministerium Graf Glatz sowie der deutsche Botschafter und die Mitglieder der deutschen Gesandtschaft. Generaloberst Göring schritt nach seinem Entlassen auf dem Flugplatz die Front der Ehrenkompanie der ungarischen Garde ab. Die Regimentsmusik spielte das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied und die ungarische Nationalhymne. Ministerpräsident Generaloberst Göring verabschiedete sich jodann herzlich von den ungarischen und den deutschen Herren.

geltenden Arbeitsverfahren sei, so führte Grandi aus, daß sowjetrussische Mitteilung unannehmbar.

Das Komitee könne eine Anzeige nicht erörtern, bevor sie nicht der in Betracht kommenden Regierung zugeleitet worden sei, und bevor nicht diese Regierung dem Komitee Erklärungen über den tatsächlichen Sachverhalt ausgestellt habe. Auch könne die Sowjetregierung nach dem vereinbarten Verfahren keine Vorwürfe unterbreiten, bevor nicht der Ausschuß auf Grund der von der portugiesischen Regierung eingegangenen Bemerkungen die Angelegenheit erörtert habe. Darüber hinaus sei aber in den Empfehlungen zum Arbeitsverfahren in seiner Weise eine Unterordnung vorgelegen, die durch die Entsendung eines Ausschusses an Ort und Stelle durchzuführen wäre. Umso mehr müßte ein Vorschlag zur Entsendung eines Kontrollausschusses mit ausgesprochen politischen Vollmachten, die das Komitee niemals gehabt habe, und also auch niemand übertragen könne, die Zuständigkeit des Nicht-einmischungsausschusses überlasten.

## Großer Erfolg des ersten Eintopfsamstags im WGW 1936/37.

DNB Berlin, 11. Oktober.

Der erste Eintopfsamstag des WGW 1936/37 brachte in Groß-Berlin einen Betrag von 401.390,15 RM., d. h. eine im Vergleich mit Oktober 1935 um etwa 10 Prozent höhere Summe.

## Polnische Anerkennung.

DNB Warschau, 11. Oktober.

Das deutsche Winterhilfswerk schildert die „Gazeta Polska“ in einem Leitartikel sehr ausführlich und mit größter Anerkennung. Auf dem Gebiet der Wohlfahrt wie auf anderen Gebieten habe sich die Führeridee als die erfolgreichste Form der Organisation gezeigt. Wenn die Wohlfahrt in Deutschland so gewaltige Ergebnisse bringt, so sei das darauf zurückzuführen, daß alle Wohlfahrtsverbände und -gesellschaften durch eine einheitliche Organisation erfüllt wurden und daß nur eine Partei regiert, von der die einzelnen Gliederungen und Verbände abhängig sind. Endlich trage ganz besonders zum Erfolg des Winterhilfswerkes der Geist der nationalen Solidarität bei, den die NSDAP erweckt hat.

## Unflätige Beschimpfung der Deutschen durch französische Kommunisten.

(1) Straßburg, 11. Oktober.

In Straßburg fand am Sonntag eine der zehn von der Volksfront-Regierung ausgelassenen Kommunisten-Versammlungen statt, in der als Hauptredner der alte Kommunistenführer Senator Cadan und der Generalsekretär der kommunistischen Partei Frankreichs, Abgeordneter Thorez, auftraten. Zumal die nationalen Parteien des linken Spektrums zu einer Gegenversammlung auf den Vorplatz gerufen hatten, war von der Polizei und der mobilen Garde ein verstärkter Ordnungsdienst eingerichtet worden. Die Kommunisten hatten ihre Anhänger in die Ausstellungshallen beordert, die durch Sprühdosen in deutscher Sprache mit kommunistischen Phrasen ausgestattet worden war. Hinter der Tribüne war eine unheimlich niederrichtige Karikatur des Führers Adolf Hitler angebracht worden.

Nachdem Cadan mitgeteilt hatte, daß die Kommunisten nach Elag-Dothringen gekommen seien, um die Volksfront zu verteidigen, wurde die Internationale angeklammert. Dann ergriff Thorez das Wort, der u. a. erklärte, es sei ein Fehler gewesen, daß die Regierung Blum den „Ereignissen von Hitler Agenten in Frankreich“ nachgegeben und einen großen Teil der geplanten Versammlungen verboten habe. Trotzdem stehe er heute hier in Straßburg, fünf Kilometer von der deutschen Grenze entfernt.

Am weiteren Verlauf seiner mit groben Unflätigkeiten gespickten Rede verdrehte Thorez die Worte Adolf Hitlers bei der Eröffnungsrede zum diesjährigen Winterhilfswerk des deutschen Volkes. Thorez log, der Führer habe erklärt, daß es für den deutschen Arbeiter recht gesund sei, wenn er hungern müsse. An diese Ausführungen schlossen sich maßlose Beschimpfungen des deutschen Volkes, dem der Redner Kriegsgelüste andichtete.

Zu den Vorgängen in Spanien meinte Thorez, man müsse die Madrider Vorkriegsregierung unterstützen und Gegenmaßnahmen gegen die Hilfe, die Hitler und Mussolini der Militärgruppe angedeihen ließen, treffen. Sowjetrußland habe den ersten Schritt getan, indem es erklärt habe, aus der Nicht-einmischungspolitik auszuscheiden, wenn der „von den Kommunisten allseitig verachtete Chef Blum“ die Ordnung gebe.

In einer dann zur Verlesung gebrachten Erklärung wird Protest erhoben gegen die „Agenten des Faschismus, Industriebarone und Trübs.“

## De la Roque vor dem Untersuchungsrichter.

DNB Paris, 10. Oktober.

Oberste de la Roque und fünf Mitglieder des Volksgesamtschusses der französischen Sozialpartei sind am Samstagnachmittag vor den Untersuchungsrichter gestellt worden. Ihnen wurde mitgeteilt, daß sie der Wiederherstellung aufgelöster Kampfbünde und Aufzählung zur Zusammenrottung beschuldigt seien. Oberste de la Roque erwiderte gegen die ihn erhobenen Anschuldigungen Einspruch. Auch weigerte er sich bei der Vernehmung, Angaben über gewisse Zwischenfälle in Oran zu machen, die der Untersuchungsrichter von ihm erfahren wollte. De la Roque hat nach dem Verhör den Zutrittspaß wieder verlassen.

## Drei Morde als Gefinnungsnachweis.

Un glaubliche Erklärung des Madrider Anarchistenführers.

Burgos, 10. Oktober.

Ueber den Madrider Sender gab der Anführer der Anarchisten eine geradezu ungläubige Erklärung ab, die eine zynische Verfälschung der wahren Absichten dieser Verbrecher, nämlich zu werden, darstellt.

In seiner Ansprache lagte der Anarchistenführer u. a., daß alle die erschossen werden müßten, die bei der Verurteilung eines Soldaten der roten Truppen nicht ein freudiges Gesicht zeigten. Für die Verurteilung und Freisprechung sei es weiter, müßten alle Einwohner wie ein Mann zusammenstehen, aber Waffen dürften nur der tragen, der zuvor wenigstens drei Totschläge erschossen habe. Die Tötung umdeutete dreier Totschläge sei gewissermaßen die Legitimation, um durch die Straßen Madrids gehen zu dürfen. Wer sich also als guter Madrider ausweisen wolle, müßte mindestens drei Totschläge aufweisen können. „Ich selbst werde mit dem Beispiel vorangehen“, so schloß der anarchische Verbrecher seine Rundfunkansprache, „und die Köpfe von drei führenden Männern der Rechtspartei auf den Tisch legen!“

Mit einem feierlichen Schlußakt fand am Sonntag im Kongressaal des Deutschen Museums in München die zweite Tagung der internationalen Versammlung für Bräudbau und Hochbau ihren Abschluß. In begeisterten Worten gaben die Vertreter der ausländischen Delegationen ihrer Anerkennung über das in Deutschland Erlebte Ausdruck.

